

Horst Müller

Zur Frage des Nationalen

Auszug aus: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative.

8.3 Die moderne Wirtschaftsgesellschaft im Weltsystem

Der ungesellschaftliche Charakter des kapitalistischen Weltsystems

{392} Die Anfrage an das Weltsystemkonzept lautet: Welche gegenwärtige und zukünftige Rolle spielen in seinem Zusammenhang die einzelnen Übergangs- oder Weltgesellschaften beziehungsweise deren Staaten? Mit Blick auf die „dreigliedrige“ formationelle Strukturierung des „Sozialkapitalismus“ kommt in dieses Bild eine wesentliche Differenzierung: Die Konstitution des weltkapitalistischen Zusammenhangs, eines mit hegemonialen Mächten verknüpften, innerlich disproportionalen oder polarisierten „Weltsystems“¹ liegt zwar in der Konsequenz der realen Politökonomie des Kapitals, führt aber keineswegs zur Vereinnahmung oder Auflösung des basalen, sozialkapitalistischen Reproduktionszusammenhangs. Vielmehr konstituiert sich damit ein maßgeblicher Widerspruch der Epoche: Der zwischen der im Kern sozialkapitalistisch, in dieser Dimension durchaus auch nationalökonomisch formierten, wesentlich staatlich mitvermittelten, bereits latenzhaltigen Wirtschaft der Gesellschaft und jenem über- und durchgreifenden Weltzusammenhang einer relativ verselbständigten Kapitalökonomie mitsamt der auf diesem Entwicklungsniveau extrem hypertrophierenden kapitalistischen Finanzwirtschaft.

Während die sozialkapitalistische Formierung nach der hier entwickelten, zunächst noch hypothetischen Sichtweise eine mehr oder weniger latente, entwicklungsfähige, alternative sozialökonomische Figuration in sich trägt, hat das kapitalistische Weltsystem als solches überhaupt kein im eigentlichen Sinne gesellschaftliches Korrelat, wie es abgehobene Ideen von einer Weltgesellschaft oder eines Global Government suggerieren. Anders gesagt: Der Hauptwiderspruch zwischen der Praktikizität einer finalisierenden, international und weltsystemisch verflochtenen Kapitalwirtschaft und einer vorkonfigurierten, „im Schoße“ des Bestehenden andrängenden, höheren sozialökonomischen Formbildung gesellschaftlicher Praxis gärt auf nationalgesellschaftlichen Terrains und wird *primär*, und kann *letztlich*, nur dort zum Austrag kommen. Die Zukunft der modernen Wirtschaftsgesellschaften entscheidet sich daher auf nationalgesellschaftlichen Terrains, in einem Ringen um Geburtshilfe für eine dort angelegte, alternative Reproduktionsordnung: Der Versuch, diesen Zusammenhang praxisanalytisch und politisch-ökonomisch zu durchdringen, soll im Dritten Hauptteil unternommen werden. Offenkundig wirft die vorgeschlagene Orientierung aber jetzt zunächst die Grundfrage nach der nationalen Konstitution von „Gesellschaft“ und überhaupt nach der politischen Rolle des Nationalen auf.

Die Wirtschaftsgesellschaft und ihre nationale Konstitution

{393} Der sozialkapitalistische Reproduktionszusammenhang bildet den faktischen Grundtatbestand oder die tragende Zentralebene moderner gesellschaftlicher Praxis, ob es sich um eine eher liberale Sozialstaatlichkeit, oligarchische Strukturen oder Formierungen mit Zügen eines autoritären Staatskapitalismus handelt. Zunächst lautet die Schlussfolgerung, dass es sich bei dieser Strukturierung oder Formierung um das maßgebliche Konstituens von Gesellschaft als *Wirtschaftsgesellschaft* handelt.² Das heißt, dass weder eine Ethnie, eine Religion oder eine Kultur, auch kein Demos eine moderne „Gesellschaft“ konstituiert. Vielmehr entscheidet die Fähigkeit zur Selbstreproduktion in der wenigstens halbwegs ausgebildeten, modernen Grundstruktur, in der die Abteilungen oder die Felder warenwirtschaftlicher Produktion sowie öffentlicher beziehungsweise

¹ Eine konzise Darlegung der World-Systems Perspective und World-Systems Analysis im Anschluss an Immanuel Wallerstein findet man bei Manuela Boatcă (2003).

² Der unübliche Begriff „Wirtschaftsgesellschaft“ wird damit zu einem wesentlichen Grundbegriff. Er erinnert unter anderem an den Titel „Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft“ (Hofmann 1969).

sozialwirtschaftlicher Dienste und die vermittelnde Institutionalität des modernen Steuerstaates koaktiv zusammenwirken.³

Die gesellschaftlichen Individuen sind auf der Grundlage einer solchen, auch konfliktiven Reproduktionsordnung und Praxisfiguration assoziiert und reproduzieren und gestalten derart den gesellschaftlichen, primären Raum ihrer Lebensäußerungen mit all seinen Widersprüchen. Eine solche formierte Praxis oder gesellschaftliche Synthesis kann sich im Hinblick auf alle Dimensionen der individuellen Lebensäußerung und sozialorganischer Komplexion ausfalten, also ebenso als Rechts- und Kulturgesellschaft einrichten. Ein solches, im geglückteren Fall mit demokratischen Strukturierungen versehenes Gemeinwesen ist schließlich nach innen als Staatswesen organisiert, stellt sich als Nation dar und bringt diese Wesenszüge wirtschaftlich, politisch und kulturell auch im Außenverhältnis zur Geltung (vgl. MEW 3: 36).⁴ Zu den bedeutendsten Errungenschaften der zivilisierteren Menschheit gehört in dieser Hinsicht das Prinzip der nationalen Souveränität, im Innenverhältnis verbunden mit der politischen Philosophie der Volkssouveränität, nach außen verbunden mit dem völkerrechtlichen Anspruch auf Unabhängigkeit, Selbstbestimmtheit und territoriale Integrität.

Im Hinblick auf die komplexen Prozesse der politisch-ökonomischen und geschichtlichen Kristallisation dieser oder jener „Wirtschaftsgesellschaft“ im Verwerfungszusammenhang der Zeiten ist einmal bemerkt worden: „Ob und wie die Nation als politische oder auch kulturelle Einheit erhalten bleibt, hängt nicht von irgendeiner unwandelbaren Substanz ab, die ihr innewohnen soll, sondern von den langfristigen Erfordernissen der planetarischen Lage ... Mehrere Kombinationen und Variationen sind dabei denkbar ...“ (Kondylis 2001: 103 ff.). Solche Vielfalt ist natürlich nicht nur denkbar, sondern eine Realität: Gesellschaften präsentieren sich formenreich und in vielfältiger Gestalt, von Kleinstaaten und in diversen föderalen Strukturierungen bis hin zur Größenordnung regelrechter Kontinentalverbände.

Inwiefern sich in der „planetarischen Situation“ von heute, angesichts von rund 200 Staatsgebilden, diese oder jene Variation des Nationalgesellschaftlichen vorfindet und in der UNO versammelt, ist hier nicht die Frage. Aber aus geschichtlich belehrter und praxisanalytischer Sicht drängt sich der Gedanke auf, dass, wie der Komplex individueller Weltbezüge, auch die konkrete Konstitution demokratischer Gesellschaftlichkeit einen wesentlich sozialräumlichen Aspekt aufweist. Sieht man einmal von Großbevölkerungsstaaten wie der VR China, Indien und den bereits mit weitem Abstand folgenden USA ab, die in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung einnehmen, so halten sich unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts die europäischen Nationen vergleichsweise in einer sozialverträglichen und demokratiefähigen, behauptungs- und transformationsfähigen Größenordnung. Insofern kann an einen praktisch-dialektischen Grundgedanken erinnert werden, welcher den Machtapparaten und der assoziierten Expertokratie von durchherrschten, ökonomisch-sozialen Großräumen entgegen gehalten werden muss: „Deswegen kann man sagen, dass jedes menschliche Aggregat sein spezifisches optimales Prinzip der *bestimmten* Proportionen hat“ (zit. Riechers 1967: 352, *nicht* Gramsci 1996: 1599).

Exkurs: Entwicklungen in Europa, die Linke und die Nation (S. 395-389)

{395} Im Verhältnis zur modernen europäischen Staatenwelt, deren friedliches Miteinander als historische Errungenschaft gefestigt ist, stellt die zentralistische Institutionalität der Europäischen Union eine nur halb ausgegorene, weiter umstrittene, hybride politisch-ökonomische Institutionalität dar, vermittels der ein wirtschaftsliberalistisches Regiment über inzwischen 28 staatlich verfasste

³ Insofern erscheint Hobsbawms Schlussfolgerung, dass es mit dem *Nationalstaat* als solchem ein Ende hat und auch seine Argumentation „gegen die Kleinstaaterei“ richtig (vgl. Hobsbawm 1992: 213). Aber eine nationale „Identität“ kommt einer „Wirtschaftsgesellschaft“ dennoch zu, ist selbst vielseitig und widersprüchlich wie eine personale Identität und kann reaktionäre wie emanzipierte Züge aufweisen.

⁴ Es ist natürlich unmöglich, hier auf die historische Debatte über *Marxismus, Nation und Nationalismus* einzugehen. Ein Stützpunkt ist hier das Sammelbändchen von Nairn, Hobsbawm, Debray und Löwy (1978). Weitere Anhaltspunkte gibt die Zeitschrift *Prokla* 87/1992 mit dem Titel „Nationalismus am Ende des 20. Jahrhunderts“. Klassisches Format hat „Nationen und Nationalismus“ (Hobsbawm 1992, 2004). Ein Versuch zur Bilanzierung „Nation und Nationalismus im 21. Jahrhundert“ ist Salzborn (2011). Die EU kommt bei E. Crome in den Blick (Crome 2001).

Souveräne errichtet wurde.⁵ Die diesem transnationalen Government teils zugestandene, teil von demselben betriebene Entmündigung der demokratischen Selbstverfügung der Völkerschaften, Unterminierung vorhandener subsidiärer, kommunaler und partizipativer Strukturen und der Sozialsysteme, findet ihren konzentrierten Ausdruck in bürokratischer Überregulierung, marktradikaler Egalisierung und in Ansätzen zur Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzkontrolle durch Büro- und Technokraten aus der Schule von Goldman Sachs. Insofern die zentralen Institutionen der EU auch die Rolle einer Entwicklungsagentur oder -diktatur im Zusammenhang der neoliberalen Integration und Transformation der süd-östlichen Peripherie spielen, kann das den Eindruck eines alternativlosen, progressiven Regimes erwecken. Was geschieht wirklich?

Es gibt im vorliegenden Zusammenhang kein eigentliches gesellschaftliches Subjekt, auf dem der Overhead aufsitzt, so dass auch das Europäische Parlament kein Parlament ist, sondern ein Delegiertenkongress mit einigen parlamentarischen Spielregeln und zugestandenen Befugnissen, welcher die „Europäische Union als Liberalisierungsmaschine“ (Streeck 2013a: 148 ff.) nicht wesentlich beeinflusst: Es handelt sich um ein konstitutives, gelegentlich auch widerborstiges Teilelement im unbarmherzigen neoliberalen Umbau der europäischen Staatenwelt.⁶ Diese wird nur mehr in die finalisierende Hauptströmung der kapitalistischen Welt hineingezogen, während jegliche Abweichung auf einen alternativen Entwicklungspfad oder mögliche Umkehr vereitelt werden soll.

Dass man sich in Fällen kontinentaler Nachbarschaft und Vielfalt, daher eigentlich auch natürlicher wirtschaftlicher Gegenseitigkeit und geopolitischer Verwandtschaft von souveränen Staaten auch auf andere und konstruktive Weise verständigen, kooperieren und gemeinsam agieren könnte, zeigen Staatenbünde in Afrika, Asien und Lateinamerika. Zusätzliche historische Lehren erteilt der Zerfall der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in heutzutage 15 Staaten. Es kann und sollte infolgedessen auch keine Weltgesellschaft im konstituierten, eigentlichen Sinn geben, wie es der kosmopolitische Jargon suggeriert. Der zivilisatorischen Evolution könnte eher ein rühriges und vielseitiges Zusammenspiel von Gesellschaften dienen, die sich auf der Suche nach jeweils brauchbaren Lösungen und gelungenen Lebensformen etwas vormachen und in einem ökonomisch paritätischen Miteinander gerade durch ihre Verschiedenheit bereichern – unter den Regularien und der Hegemonie der Kapital- und Finanzwirtschaft ein futurischer Gedanke.

Die konstitutions- und praxistheoretische Lehre aus alledem wäre: Ein höher organisierter Staatenverbund wie jetzt im Raum Europas, sollte auf einer legitimierten und so auch revidierbaren Kooperation von souveränen Staaten beziehungsweise Wirtschaftsgesellschaften beruhen, im vorliegenden Fall vielleicht in einem Zusammenspiel mit einem multinationalen Kooperationsrat, kontrollierten Stabsapparaturen und vielseitigen Organen gesellschaftlicher Partizipation. Er sollte möglichst nicht Kosmopologen, neoliberalen Praktikern und ihrer sozial entbundenen Großkapitalwirtschaft sowie Weltmachtstrategen als Geburtshelfer in die Hände und deren Fortschritts- oder Emanzipationsrhetorik zum Opfer fallen, die die nationale Konstitution von Gesellschaft und demokratischer Souveränität unterlaufen und die Friedensliebe der Völker regelmäßig missbrauchen. Im historisch besonderen, dringend behandlungsbedürftigen Fall der Europäischen Union wäre einzig ein entsprechendes Integrationsniveau unterhalb der politischen Union angemessen, keinesfalls die Institutierung eines technokratisch-liberalistischen, naturgemäß reaktionären Zentralkomitees in der Maske einer „europäischen Wirtschaftsregierung“. Die Forderung nach einem „Rückbau der Währungsunion als eines gesellschaftlich rücksichtslosen technokratischen Modernisierungsprojekts, das die Staatsvölker, die das real existierende europäische Volk bilden, politisch enteignet und wirtschaftlich spaltet“ (Streeck 2013b), erscheint insofern ganz vernünftig.⁷

⁵ Fragen der europäischen Entwicklung werden im Dritten Hauptteil, ganz am Ende im Abschnitt „Konsolidierung der Wirtschaftsgesellschaft im Weltsystem“ noch einmal aufgegriffen.

⁶ Dazu muss hier nicht weiter referiert werden, weil es jeder nachlesen kann (Streeck 2013). Wesentliche Aspekte und grundlegend kontroverse Perspektiven bezüglich der Zukunft der EU kamen in der „Habermas-Streeck-Kontroverse“ (Höpner 2013) zur Sprache, die in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 4, 5 und 9/2013 geführt wurde.

⁷ Der Soziologe Stephan Lessenich bemerkt, dass die „Griechenlandrettung“, die im Rahmen der Währungsunion spielt, oder das „System Schäuble“, auf eine „nächste, offen autoritäre Phase marktradikaler Gesellschaftsumgestaltung“ verweist (SZ/Feuilleton am 27. Juli 2015).

Mit diesen Beispielen und entschiedenen Feststellungen⁸ soll an dieser Stelle insgesamt zum Ausdruck gebracht werden, dass jeder konkrete Begriff von *Gesellschaft*, jede Vorstellung von der Zukunft einer verfassten gesellschaftlichen Praxis, auf historische Korrelate und widersprüchliche Erfahrungen verweist, aber immer auf einer spezifischen Artikulation, sozialökonomischen Konzeptualisierung und politischen Philosophie in der Gegenwart beruht: Der Begriff der „Wirtschaftsgesellschaft“ und ihrer national souveränen Konstitution verdankt sich hier einem ganz gegenwärtigen, historisch belehrten, praxisanalytischen, reproduktions- und transformationstheoretischen Ansatz. Von da kann auch eine Stellungnahme von anderer Seite angenommen werden: "The struggle against the exclusive type of ethnic nationalism can be carried on only if some other form of nationalism is articulated, a kind of 'civic' nationalism, upholding pluralism and democratic values." (Mouffe 1994: 110).

Die konkrete Situation ist also die von formationell widersprüchlichen, ideologisch umkämpften, sozialkapitalistischen Gesellschaften im Zusammenhang des kapitalistischen Weltsystems. Von daher lautet die eigentliche Frage: Wie können in dieser Makrokonstellation, unter den je gegebenen Bedingungen, Kräfte und Potentiale gesellschaftlicher Emanzipation in Stellung gebracht werden? Das ist zweifellos nötig: Gegen die Spielarten reaktionärer Nationalismen und zugleich gegen den verkehrten Transnationalismus der Kapital- und Finanzwirtschaft oder des kapitalistischen Weltsystems, dies alles nicht zuletzt auch in Distanz zu einem falsch verstandenen oder gewendeten linken Internationalismus

Die Wirtschafts- und Übergangsgesellschaft im Weltsystem

{398} Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich, dass die Perspektive einer demokratischen Gesellschaftlichkeit und im Weiteren auch gesellschaftlichen Transformation, letztlich vielleicht eine Entwicklung im Sinne des Konzepts der De-Globalisierung (Bello 2013), mit dem Prinzip oder der Fähigkeit zur wirtschaftsgesellschaftlichen Selbstbehauptung und einer nationalen Konstitution verbunden ist. Damit ist am Ende eine der schwierigsten Fragen der politischen Ökonomie und Philosophie heute aufgeworfen: Wie realistisch ist eine Emanzipationsperspektive, wenn die Verflechtungen mit der globalen Kapital- und Finanzwirtschaft oder dem kapitalistischen Weltsystem in der „real world“ of economics and politics derart bindend hereinspielen?

Marx wollte und konnte zunächst nicht mehr, als wenige Anhaltspunkte für eine Alterität zu bezeichnen, wie in seiner Kritik des Gothaer Programms der damaligen „deutschen Arbeiterpartei“ (MEW 19: 15-32), oder mit Blick auf einen angenommenen weltgeschichtlichen Tendenzzusammenhang (MEW 42: 445-447). Immanuel Wallerstein suchte an dem Punkt weiterzudenken, wo Marx vom entwickelten „Weltmarkt als Basis“ eines Übergangsgeschehens spricht: „Wenn der wesentliche Schritt der neuen europäischen Geschichte der Übergang von der Stadtwirtschaft zur Volkswirtschaft war, vom lokalen Schauplatz zum Nationalstaat, wie kommt dann die *Welt* in das Bild?“ (Wallerstein 1995: 88). Ein paper für den Deutschen Soziologentag 1984 wirft schließlich die Frage auf: „Gesellschafts-Entwicklung oder Entwicklung des Weltsystems?“ (Wallerstein 1995: 78 ff.).

Das kapitalistische Weltsystem (vgl. Boatcă 2002) in seinem heutigen Aggregatzustand ist aus praxistheoretischer Sicht eine gegenüber den konstituierten Gesellschaften relativ verselbständigte Ebene oder ein Praxismus, aus dem transnational operierende Konzerne, international instituierte Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungsagenturen sowie freibeuterische Finanzmächte herausragen. Dessen enorme Wirkmacht spielt durch die global vernetzte Ökonomik überall herein. So stellt sich erneut die Grundfrage: Was ist die Zukunft volkswirtschaftlicher, politisch souveräner Selbstorganisation von Wirtschaftsgesellschaften, oder inwieweit kann es eine solche im Kontext des kapitalistischen Weltsystems überhaupt noch geben?

Wallersteins These war seinerzeit, dass es „fruchtlos ist“, nationale Gesellschaften im Hinblick auf „im Innern sich herausbildende Strukturen“ zu analysieren, da diese „durch weltweite Prozesse geschaffen wurden und ihre Form als Reaktion auf diese annahmen“ (Wallerstein 1975: 93). Wie bei der klassischen, negatorischen Kapitalismustheorie ist aber jetzt mit der marxistisch grundierten,

⁸ Das Thema „Europa“ wird im Dritten Hauptteil noch einmal in einem „Exkurs zur Europafrage“ oder besser zum Europaproblem aufgegriffen.

chaostheoretisch angereicherten Weltsystemtheorie, welche die Finalität des Systems betont, wieder das Problem verbunden, dass sich außer einer groben Richtungsanzeige keine konkretere Transformationsperspektive eröffnet - oder das Ganze verläuft sich in die Perspektive: alle und alles „auf einmal und gleichzeitig“ (vgl. MEW 3: 36): Wie sollte sich eine Gesellschaft, die in der Übergangsperiode, an einer Weggabelung oder im Ernstfall den Versuch unternimmt, nach links abzubiegen, unter jenen Bedingungen oder Vorannahmen behaupten können?

Eine Annäherung an die Lösung dieser schwierigen, im Falle eines Falles aber relevantesten politisch-ökonomischen Problematik ist möglich, wenn die Sozialformierungen des demokratischen oder Sozialkapitalismus nicht nur als sozusagen eindimensionaler Kapitalismus on top oder das Weltsystem als Totale begriffen werden, sondern konsequent von der Existenz latenzhaltiger Übergangsgesellschaften ausgegangen wird.

Die geschichtliche Situation und die Suche nach der Antwort

{400} Jede Initiative für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel und eine bessere Welt und muss sich um eine begreifende Erkenntnis der realen gesellschaftlichen Praxis und geschichtlichen Situation bemühen, die ja den Ausgangs- und Angriffspunkt jeglicher Veränderung darstellt. In dieser Hinsicht konzentriert sich die hier entwickelte Auffassung von moderner Gesellschaftlichkeit im Begriff von sozialkapitalistisch formierten, latenzhaltigen Wirtschafts- und Übergangsgesellschaften. Damit ist die Grundgestalt einer noch kapitalwirtschaftlich dominierten Gesellschaftlichkeit und das spannungsgeladene Feld definiert, auf dem der formationelle Konflikt unmittelbar gegenwärtig ist und ausgetragen wird.

Der gesellschaftliche Hauptwiderspruch ist somit nicht einfach der zwischen kollektiven oder Klassensubjekten, so die klassische Lesart, sondern der zwischen der noch hegemonialen, finalisierenden, sozialstaatsökonomischen Praxisformierung und einer vorkonfigurierten, andrängenden Alterität. Zugleich akut ist das widersprüchliche Verhältnis zwischen der konkreten, *in ihrem Raum* sozialökonomisch und formationell widersprüchlichen Wirtschaftsgesellschaft und dem überall mitwirkenden und hineinregierenden, neoliberal radikalisierten, kapitalistischen Finanz- und Weltsystem. Dieses weist an sich keine „gesellschaftliche“ Basis auf, sondern ist als eine ungesellschaftliche Praktizität konstituiert, welche die Ökonomik ihrer Sozialwirte durchdringt, darin auch nistet, sie mit nährt, stimuliert und tendenziell zu überwältigen trachtet, indem es sich selbst zur Basis machen möchte.

In dieser konkreten Situation könnte ein reeller, vielleicht der einzige Weg darin bestehen, Geburtshilfe für eine in der gesellschaftlichen Praxis angelegte Alternative zu leisten, sofern deren Konfiguration nachweislich entsprechenden Halt bietet. Das könnte ermöglichen, die Unterwerfung des gesellschaftlichen Lebens unter die Zumutungen und Diktate aus einer kapital- und finanzwirtschaftlichen Superstruktur tendenziell zurückzuweisen und, bei aller notwendigen weltwirtschaftlichen Verflechtung, auf die Gewinnung einer relativen Selbstbestimmtheit der sozialstaatsökonomischen Reproduktion zu orientieren. Womöglich könnten auf dieser Grundlage auch paritätisch austarierte Beziehungen zu Mitgesellschaften gepflegt werden, die nicht dem Muster des „nationalen Wettbewerbsstaates im globalen Kapitalismus“ entsprechen (vgl. Hirsch 1998).

Richtig bleibt: „Geschichte gibt es nur, solange Menschen aufbegehren, Widerstand leisten, reagieren. Totalitäre Institutionen ... oder Diktaturen sind Versuche, das Ende der Geschichte herbeizuführen.“ (Bourdieu 1996: 133). Aber was kann als *positives* gesellschaftliches Agens gegen die neoliberale, weltwirtschaftlich verankerte Formierung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens einschließlich des Staats, gegen die ganze noch vorherrschende, verheerende Tendenz und Dekadenz aufgeboten werden? Eine solche soziale Antimaterie kann nur in der konstituierenden, emanzipierenden Potentialität einer realiter werdenden, *sozialökonomisch neu formierten, gesellschaftlichen Praxis* bestehen, die aus einem koaktiven, sozialorganischen Zusammenhang von Individuen und Institutionen erwächst, die dabei reale Fähigkeiten und Kompetenzen betätigen und in allem eine brauchbare höhere Perspektive für sich und die Gesellschaft erkennen.

Eine solche gesellschaftliche Emanzipation fußte jedenfalls nicht auf haltlosen, fingierten Identitäten wie einer „Multitude“ oder verfällt der Chimäre der „Weltinnenpolitik“, sie verbliebe nicht in der Schweben einer „Postwachstumsgesellschaft“, deren erste Silbe bereits die fortbestehende Verlegenheit im Positiven ausdrückt. Es liegt noch ein Sprunggraben zwischen den vielen oppositionellen und alternativen Ansätzen im Zusammenhang eines „Futuring“ (Brie 2014) oder

Wunschvorstellungen eines „Good Life“ und einer konkreten Alternative, die hinsichtlich der tragenden Ebene der *wirtschaftsgesellschaftlichen Reproduktions- und Praxisformierung* oder als *Wirtschaftsverfassung* konkret ist, also potentiell „ein neues stabiles System“ (Wallerstein u.a. 2014: 44) darstellen kann.⁹

10.7 Konsolidierung der Wirtschaftsgesellschaft im Weltsystem

{524} Wenn es richtig ist, dass der primäre Boden und das Feld der Entscheidung einer sozio-ökonomischen Neuordnung die nationalgesellschaftlich konstituierte, zunächst noch sozialkapitalistisch strukturierte, formationell widersprüchliche Wirtschaftsgesellschaft ist, dann steht am Ende das Verhältnis zwischen den „verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer“¹⁰ und der entfremdeten Praktizität des kapitalistischen Weltsystems zur Diskussion. In diesem Kontext steht auch die europäische Entwicklung und ist besonders aufschlussreich. Hat eine Praxis und Politik der gesellschaftlichen Emanzipation in diesem Zusammenhang überhaupt eine Chance?

Die Ebene und Praktizität des kapitalistischen Weltsystems

Der kapitalistische Akkumulationszwang und Expansionsdrang¹¹ sowie der daraus erwachsende, sich verdichtende Weltverkehr und das entsprechende Weltwirtschafts- und Weltfinanzgefüge unserer Zeit entspringen aus der absoluten Unruhe und Motorik der kapitalwirtschaftlichen Produktionsweise: Als Denkbild könnte man sich eine Produktivkraftexplosion vorstellen, die sich nach außen Luft verschafft, weil sonst eine Implosion des ganzen Systems unausweichlich wäre. So wurde die weltzivilisatorische Entwicklung bis zum Eintritt in die jetzige wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtliche Übergangsperiode gepeitscht, stößt damit aber zugleich an innere und äußere Grenzen. Marx hatte die Entwicklungsrichtung ahnungsvoll antizipiert – als finale Phase „dieser Entfremdung“, einer „Versetzung des Weltmarkts“ und als Einleitung einer Periode des „Übergangs“ (MEW 42: 94 f.).

Die relative Versetzung der Mächte der kapitalistischen Weltwirtschaft gegenüber den einzelnen Wirtschaftsgesellschaften drückt sich in verschiedener Weise aus: In transnationalen Produktions-, Handels-, Investitions-, Operations- und Organisationsformen von Konzernen oder gar entstaatlichten Enklaven der Wirtschaft, im Effekt zwischenstaatlicher Freihandels- und Partnerschaftsabkommen, in einer gesellschaftlich entbundenen finanzkapitalistischen Welt und „transkontinentalen Finanzoligarchie“ (Jean Ziegler 2015), in einem Ensemble weltwirtschaftlicher Organisationen wie WTO, IWF und Weltbank. Auf Weltebene bedeutet das, im Zuge einer konkurrierenden wie komplizierten Vernetzung und Koaktivität, den Betrieb oder das Getriebe einer „globalen Enteignungsökonomie“ (Zeller), deren Entwicklungslogik letztlich als „Wachstum bis zum Untergang“ (Harvey 2025b) pointiert wurde. In diesem Sinne ist das hier so genannte „kapitalistische Weltsystem“ als eine zu einer eigenen Totalität relativ vsetzte Ebene kapitalistischer Praktizität zu verstehen.¹² Diese weist einige nicht unbekannt Grundzüge auf: Hegemoniale Strukturen, ungleiche, ausbeuterische Beziehungen zwischen Zentrum, Semiperipherie und Peripherie oder auch zyklische Bewegungs- und Entwicklungsformen. In diesem Zusammenhang

⁹ Aus China stammt das aus solcher Verlegenheit geborene Denkbild für diejenigen, die in der „Periode des Übergangs“ dennoch ein anderes Ufer erreichen möchten: Dass „man den Fluss überquere, indem man sich von Stein zu Stein vortaste.“ (Deng Xiaoping zur Politik der Reform und Öffnung). Bei dem „stars Singapore symposium 2015“ erklärte jetzt ein Vertreter von der Pekinger Universität: „Aber jetzt ist das Wasser zu tief, es gibt keine Steine mehr.“ (NZZ/17. März 2015). Es wäre richtig gewesen zu sagen, dass die Methode an sich nicht schlecht ist, dass man bei solchen Anläufen aber doch ein Navigationssystem oder reelle Zielkoordinaten braucht.

¹⁰ Marx sprach von „den verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer“, die noch auf dem „Boden“ der modernen bürgerlichen, „mehr oder minder kapitalistisch entwickelten“ Gesellschaft stehen (MEW 19: 28).

¹¹ Die mit der ökonomischen Form untrennbar verbundene Gewaltgeschichte der kapitalistischen Modernisierung und historischen Expansion seit den Anfängen, auf welche auch Stichworte wie Kolonialismus, Imperialismus und neoliberale Globalisierung alias „globale Enteignungsökonomie“ (Zeller 2004) oder „neuer Imperialismus“ (Harvey 2005, Deppe 2004) verweisen, kann hier nicht weiter verfolgt werden.

¹² Der Begriff „Weltsystem“ wird verwendet in Anlehnung an Immanuel Wallersteins Gesamtkonzept des „modernen Weltsystems“ und seiner Geschichte, eines im 21. Jahrhundert eröffneten historischen „Übergangs“ und der Notwendigkeit einer politisch-ökonomischen „Utopistik“ (Wallerstein 2002).

wirken wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtliche Tendenzen, wie sie sich im Vorhergehenden, bei der Untersuchung des „finalisierenden Aggregatzustandes der kapitalistischen Formierung“ abzeichneten.

Die kapital- und finanzwirtschaftlichen Akteure suchen sich im Zuge der Globalisierung ihres operativen Feldes möglichst nach eigenen Maßstäben und Imperativen zu verhalten. Das heißt zugleich, sich gegenüber gesellschaftlicher Einbindung, Verantwortung und Kontrolle möglichst auf Distanz zu halten und zugleich die „staatliche Autorität“ unter finanzkapitalistische Kuratel zu stellen und sie zu instrumentalisieren. So sind Staaten auch Koakteure des kapitalistischen Weltsystems. Auf die im Inneren ausgelösten Entwicklungen verweist das Stichwort „Postdemokratie und die Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen“: Der „politische Kernbereich, der das Wesen nationaler, kapitalistisch verfasster Demokratien ausmacht ... wird immer kleiner, je weiter die Privatisierung voranschreitet, doch er kann nicht eliminiert werden, ohne dass die Begriffe Staat und Demokratie jede Bedeutung verlieren“ (Crouch 2008: 101 ff.).

Die Analyse der „finalisierenden Kapitalwirtschaft“ zeigte bereits auf: Auf diese Weise werden die national konstituierten Gesellschaften mehr oder weniger in Werkbänke für die Zwecke und globalen Abenteuer der Wirtschaft, in Stützpunkte oder Arenen für die Austragung der unvermeidlich zunehmenden internationalen Konkurrenz verwandelt. Diese Praxis führt zu fremdbestimmten, disproportionalen Entwicklungen im Innern der Wirtschaftsgesellschaften, zu anhaltenden internationalen Entwicklungsdifferenzen und Ungleichgewichten, in Zukunft vermehrt zu Wirtschafts- und Währungskriegszuständen aller Art. Dazu kommen die allenthalben zunehmenden, sozialen und ökonomischen Spaltungen, die sich in extremen Einkommens- und Vermögensdifferenzen und in der Allgegenwart eines „globalen Südens“ auffällig abbilden. Die Marx'sche Generalformel dazu lautete, dass im finalen, weltökonomischen Stadium der Entwicklung buchstäblich „alle Widersprüche“ akut werden (MEW 42: 154).

Bei der schon lange und laut vernehmlichen Kritik an den kollateralen Opfern und Verwüstungen, welche die Praktikizität des kapitalistischen Weltentwicklungssystems seit seiner Geburt vor ungefähr 500 Jahren mit sich brachte und mit sich bringt, droht der wesentliche Aspekt verdeckt zu bleiben: Dass es sich bei der „Schein-Reichtumsstory des finanzmarktliberalen Staatsschuldenkapitalismus“ (Wirtschaftswoche am 2. Mai 2015) um eine gesellschaftsgeschichtlich finalisierende Form der Sozialökonomie in einem instabilen, chaotisierenden, bereits formationell widersprüchlichen Stadium handelt, in dem subkutan oder noch mehr oder weniger latent eine Alternative andrängt. Es gibt infolgedessen die Möglichkeit einer politisch-ökonomischen Gegenwehr, eines Umbaus oder einer Emanzipationsstrategie, die daran im Sinne des umrissenen, fiskal- und sozioökonomischen Transformationskonzepts anknüpfen kann. Vor einer letztendlichen Abwägung dieser Perspektive ist es sinnvoll, noch einmal auf die Szenerie im europäischen Raum zu blicken.

Exkurs zur Europafrage oder besser zum Europaproblem

{526} In der europäischen Entwicklung spiegeln sich die Grundzüge der formationellen Gesamtentwicklung und ihrer Widersprüche und haben zugleich eine eigentümliche historische Gestalt angenommen.¹³ Dabei zeigt sich besonders deutlich, wohin die Reise geht, wenn die Dinge weiter in die gegenwärtig noch bestimmende Richtung treiben: Die Konstruktion der Europäischen Union ist vor allem der Versuch, einen ökonomisch-politischen Block im multipolaren Weltsystem zu bilden, welcher die Behauptung und Stellung der beteiligten und involvierten kapitalwirtschaftlichen Mächte und Wirtschaftsgesellschaften verbessern soll. Diese müssen dazu, im Zusammenspiel mit demokratisch unkontrollierbaren Institutionen wie im Gespann der „Troika“ vertreten, entsprechend den Formen und Imperativen der entfremdeten Weltökonomie umgemodelt und ausgerichtet werden. So wird die in den sozialkapitalistischen Formierungen noch vorhandene Substanz demokratischer und souveräner Gesellschaftlichkeit unterminiert. Es werden vorhandene subsidiäre, kommunale und partizipative Strukturen aushöhlt, sozialstaatliche Verhältnisse marktradikal zurückgedrängt und so

¹³ Das Thema „Europa“ wurde in anderem Zusammenhang, im Zweiten Hauptteil, in einem Exkurs „Entwicklungen in Europa, die Linke und die Nation“ bereits angegangen. Jetzt geht es um die Europäische Union im Kontext des kapitalistischen Weltsystems.

oder so vorhandene gesellschaftliche und sozioökonomische Emanzipationspotentiale geschwächt oder zerstört.¹⁴

Die Wurzeln der Entwicklung liegen mehr als ein halbes Jahrhundert zurück: In der geopolitisch extremen Nachkriegssituation wurde in Westeuropa, im atlantischen Hegemoniebereich der Vereinigten Staaten, das kontinentalräumliche, vermeintliche Friedens- und Fortschrittsprojekt der Europäischen Union (EU) in militärisch flankierter Frontstellung gegen den Sowjetblock und wesentlich auch aufgrund weltökonomischer Interessen der USA initialisiert. Die ausgelöste Dynamik der Eigenentwicklung führte im stufenweisen Aufbau über Wirtschaftsverträge und die Ausweitung des Binnenmarkts, die Gründung der Europäischen Union (EU) 1992 bis zur deren definitiver Instituierung durch den nicht unumstrittenen Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat. Dieser Grundlagenvertrag signalisierte zugleich den Übergang von einer noch eher keynesianisch-sozialstaatlichen Entwicklungsphase in die jetzige, neoliberale Formierung: „Die Transformation der Europäischen Union in ein Vehikel der Liberalisierung hat nicht erst 2008 begonnen“ (Streeck 2013a: 147, 151). Es handelt sich nunmehr um das spezifisch europäische Projekt einer Staatengemeinschaft im Zusammenhang der neoliberalen Radikalisierung der Verhältnisse und finanzkapitalistischen Aufblähung des kapitalistischen Weltsystems. So hat die im 21. Jahrhundert aufgebrochene und weiter gärende Wirtschafts- und Finanz-, Fiskal- und Sozialkrise auch im föderal zusammengestückten Block Europa ein starkes Bewegungszentrum.

Die Bedeutung der in Gang gebrachten Entwicklung besteht nicht nur darin, dass sich die europäischen Wirtschaftsgesellschaften als EU organisieren, um sich kollaborativ zu modernisieren, einigen Nachzüglern Anschluss zu bieten und im Weltzusammenhang zu positionieren. Es gibt auch einen objektiv-realen Hintersinn: In den Kernländern Europas hatte sich das Transformationspotential des demokratischen oder Sozialkapitalismus, äußerlich keynesianisch verkleidet, am stärksten ausgebildet. Diese geschichtlich und im Weltmaßstab relativ ausgeprägte, positive Latenz – die sich in Hoffnungen auf die Verwirklichung oder Bemühungen zur Verteidigung des „europäischen Sozialstaats“ (Bourdieu 1998) artikuliert und in bestimmter Hinsicht im „skandinavischen Modell“ (Heintze 2013) manifestierte, sich auch in immer noch vorhandenen intellektuellen, sozialen und politischen Potentialen links der ausgezehrten Sozialdemokratie artikuliert – wird nun fundamental konterkariert durch die neoliberalen Zurichtungen, Zumutungen und weiter treibenden, finalisierenden Tendenzen des zugrunde liegenden politisch-ökonomischen Systems. Auch die entsprechende, innere Dissoziation zwischen Zentralstaaten, an der Spitze Deutschland, und peripheren Regionen widerspricht der Sehnsucht der europäischen Völker nach einer ausgeglichenen, sozial gerechten und demokratischen, auch im weiteren Umkreis nachbarschaftlichen und friedlichen Ordnung der Dinge. Im praktisch kollaborativen Verhältnis zwischen EU und dem Militärbündnis NATO entwickelt sich gerade das Gegenteil: Die Spaltung Europas nimmt in der Verschiebung der Front nach Osten, gegen Russland, eine neue Gestalt an. Gleichzeitig soll die atlantische Westbindung an den alten, geschwächten Hegemon und Kaiser der Weltpionage, sollen die in diesem Raum situierten Kapitalmächte und deren Stellung in der Weltkonkurrenz durch Initiativen wie das TTIP neu belebt werden. So sucht sich ein brutaler, neoliberaler Big-Brother-Ökonomismus durchzusetzen und erwachsen neue Gefahren für den Frieden¹⁵ in Europa und in der Welt. Unvermeidlich verdüstert sich derweil das überbelichtete Wunschbild Vereinigter Staaten von Europa. Die selbst getriebenen und mittreibenden Eliten, jeweils herrschenden Parteien und Regierungen verlieren im Bühnennebel immer neuer Selbsttäuschungen und unerfüllbarer Fortschritts- und Wachstumsversprechungen beim Volk an Kredit.

¹⁴ Eine der schärfsten Untersuchungen dazu ist der Abschnitt „Die Politik des Konsolidierungsstaates: Neoliberalismus in Europa“ (Streeck 2013: 141-223). Im Folgenden wird mehrmals auf diese ausführlichere Studie verwiesen.

¹⁵ “The forces in the United States and in western Europe who are seeking to avoid military folly risk being overtaken by what can only be called a war party. NATO and what it symbolizes today represents a severe danger because it represents the claim of western countries to interfere everywhere in the name of western interpretations of geopolitical realities. This can only lead to further, highly dangerous, conflict. Renouncing NATO as a structure would be a first step towards sanity and the world's survival.” (Wallerstein Commentary “NATO: Danger to World Peace”, Nr. 389, November 15, 2014).

Die organisatorische, verfassungsähnlich kodifizierte Konstitution der Europäischen Union¹⁶ ist darauf ausgerichtet, die umrissene pseudo-progressive Praxis durchzusetzen und jeden Widerstand aus theoretischer und praktischer Vernunft auszuschalten. Es handelt sich um ein „internationales Mehrebenenregime“ mit einer starken, selbsttätigen EU-Kommission und ihrer Bürokratie an der Spitze. Dieser assistiert eine politisch unabhängige Zentralbank (EZB) und deren Bankenaufsicht bei der Durchsetzung oder Absicherung des liberalistischen, finanzkapitalistischen Grundkurses. Darüber hinaus kommt die Troika, ein haushalts- und finanzpolitisches Kommandounternehmen von EZB, IWF und EU-Kommission zum Einsatz. Im Verhältnis dazu weist das „Europäische Parlament“, eine Delegiertenkammer der Bürger Europas, eine nur „geringe Kompetenzausstattung“ auf (Streeck 2013a: 149). Man könnte auch polemisch zuspitzen: Es ist eine Windmaschine, die gegen den Jetstream der neoliberalen Agenda mit ihren Agenturen, komplexen Regelwerken und einschränkenden Maßnahmen zur „Flexibilisierung“ der Arbeits- und Gütermärkte, im Sinne der Kapitalwirtschafts- und Kapitalverkehrsfreiheiten nicht ankommt und das mehrheitlich wohl auch gar nicht wünschte.

Die Konstruktion ist darauf angelegt, dass die Wirtschaftspolitik und das Haushaltsgebaren der Mitgliedstaaten zunehmend von den supranationalen Institutionen – aufgrund fragwürdiger makroökonomischer Modellvorstellungen und finanzkapitalistischer Interessen, die sich in eine Politik der „Austerität“ verwandeln – beeinflusst und gesteuert wird, „die sich außerhalb der Reichweite massendemokratischer Willensbildung“ befinden. Die angestrebte „Better Economic Governance in the Euro Area“ läuft darauf hinaus, die nationale Souveränität zu unterlaufen oder zum Verzicht zu drängen und die sozialstaatliche Konstitution auszuhöhlen. Die gewählten Regierungen, die sich widersprechenden Anforderungen von unten und oben ausgesetzt sehen, werden dabei möglichst überspielt und können durch die zentralen Institutionen im Falle der Renitenz unter Druck gesetzt, reglementiert und erpresst werden, wie das am Beispiel Griechenlands exerziert wurde.¹⁷

Einen besonderen Schub hat diese Entwicklung durch die Europäische Währungsunion (EWU) und im Zusammenhang der Regelwerke und Maßnahmen des Stabilitäts- und Wachstums- sowie des Fiskalpakts und einer Bankenunion erhalten. Indem die zentralen „Institutionen“, ein neoliberalistisches Management der Eurozone und der Eurokrise, vermehrt kontrollieren, begutachten, auch sanktionieren, werden die nationalen Regierungen zum weitergehenden Umbau ihrer Ordnungen gedrängt und wird der Druck auf die nationale Wirtschafts-, Haushalts-, Fiskal- und Sozialpolitik verstärkt (Streeck 2013a: 153 f.). Die ökonomisch schwächeren Staaten trifft besonders, dass ihnen die Währungshoheit und damit das Recht auf Auf- oder Abwertung genommen ist. Das bewirkt schließlich die faktische „Entdemokratisierung des europäischen Kapitalismus“ oder die zunehmende „Suspendierung der parlamentarischen Demokratie“, die Verwandlung des Sozialstaates in einen „Konsolidierungsstaat“ (Streeck 2013a: 104 f., 147, 159 ff., 163) im Zusammenhang eines übergreifenden „Austeritätsregimes“¹⁸. Konsequenzen dieser Entwicklung wurden besonders in der Stunde der „Finanz- und Fiskalkrise“ offenbar, als die Lasten den Bürgern und den öffentlichen Händen aufgebürdet wurden, um das Bank- und Finanzsystem zu retten. Oder es wird, wie besonders im Falle Griechenlands, die Anpassung und Unterwerfung der schwächeren Länder innerhalb der asymmetrischen Struktur des Wirtschaftsraums gefordert, ohne dass etwa auch

¹⁶ Der Unionsvertrag von Maastricht (1992) gab der Verwirklichung des angestrebten Binnenmarkts auf allen Feldern, danach auch der Osterweiterung der EU Auftrieb, und festigte die Zentralfunktion der supranationalen Brüsseler Bürokratie. Der Vertrag von Lissabon (2009) schrieb mit der jetzigen Konstitution der EU eine neoliberale Wirtschaftsverfassung fest. Die Realisierung der Eurozone (1999) korrespondiert mit dem „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ und nachfolgenden, opportunen Maßnahmenbündeln dieser Art, darunter der „Fiskalpakt“ (2012), mit denen auch eine Antwort auf die Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise gesucht wird.

¹⁷ „Wer wissen will, was die Agenda dieser Strukturanpassung ausmacht, der sollte lesen, was der griechische Ministerpräsident jüngst in Brüssel abzunicken hatte: die Öffnung der Märkte und die Preisgabe öffentlichen Eigentums, die Senkung der Sozialleistungen und die Privatisierung der Infrastruktur – garniert mit der Entmündigung der nationalen Regierung und der Destabilisierung der Demokratie.“ So Stephan Lessenich in der SZ/Feuilleton am 27.7.2015.

¹⁸ Wenn die Kapitalakkumulation stockt, die Staatsverschuldung problematisch wird und der Export keine Ausflucht gestattet, bietet sich als kapitalwirtschaftliche ultima ratio ein „Gesundsparen“ oder eine „interne Abwertung“ an, was fälschlich Wachstum verspricht. Dazu passt der Titel: „Wie Europa sich kaputtspart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik“ (Blyth 2015). Der französische Ökonom Philippe Askenazy spitzte die Kontroverse zu: „Austerität ist Selbstmord“.

die Zentral- und Vorzugsstellung Deutschlands oder spezielle Vorteilsnahmen anderer Länder aufgehoben werden.

Aus der sozioökonomischen Reproduktionsanalyse ergab sich die grundsätzliche Einsicht, dass die Staatsverschuldung unter kapitalwirtschaftlicher Oberhoheit nicht vermieden werden kann, wenn der Staat die elementaren „sozialwirtschaftlichen“ Aufgaben des Gemeinwesens erfüllen will. Die jetzt forcierte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte möglichst bis auf die „schwarze Null“ führt daher nicht nur zur Ausdünnung und zum Kompetenzverlust der öffentlichen Verwaltung, zu Ausgabenkürzungen und einem Rückgang öffentlicher Investitionen, sondern im gleichen Atemzug zu einem Schub weiterer Privatisierung¹⁹ des Öffentlichen, der tragenden sozial-infrastrukturellen Grundlagen und der gesellschaftlichen Zukunftsvorsorge (Streeck 2013a: 170), sowie zur Festigung finanzkapitalistischer Oberhoheit über den Staat und das gesellschaftliche Leben: Ein Identitäts- und Machtverlust der zentralen gesellschaftlichen Institutionalität, die dazu noch als unausweichliche „Reformpolitik“ dargestellt wird. Tatsächlich treibt die noch vorherrschende Tendenz weiter zur Verfallsgestalt einer markt- und machtgesteuerten „Postdemokratie“ (Crouch 2008) auf Augenhöhe mit autoritären, oligarchischen und expertokratischen Systemen in aller Welt.

Nach der Durchsetzung einer kalkulierten Entwicklung der EU als „Liberalisierungsmaschine des europäischen Kapitalismus“ und besonders in Folge des „frivolen Experiments“ des Eurowährungsraums als Zwingfessel für eine „heterogene, multinationale Gesellschaft“ (Streeck 2013a: 147, 151, 240) droht nun ein weiterer, der dritte große Schlag gegen das noch halbwegs tragende Skelett demokratischer und sozialstaatlicher Gesellschaftlichkeit:

Die seit Verhandlungsbeginn 2013 ausgeklügelte „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ zwischen der EU und den USA hält sich nicht im üblichen Rahmen. Das Vertragswerk ist in dieser Art aufschlussreich für die Tendenz auch anderer Handels- und Welthandelsabkommen wie CETA mit Kanada oder auch TISA zwischen 50 am Welthandel beteiligten Ländern: TTIP öffnet die Märkte in erster Linie für Konzerne und Investoren. Es zielt wesentlich auf industrie- und kapitalwirtschaftliche Standardisierungen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und den weiteren Ausbau der Position der Kapitalmächte gegenüber den Staaten und demokratischen Institutionalitäten. Das Abkommen sieht zugleich Gremien wie den „Rat für regulatorische Kooperation“, Sondergerichte und Regularien jenseits der Verfassungs- und Rechtsnormen der betroffenen Gesellschaften vor, errichtet Sperren gegen mögliche kapitalwidrige Regulierungen und macht nachträgliche Vertragsänderungen fast unmöglich. Das Regelwerk eröffnet Wege für außerparlamentarische politische Einflussnahme, droht mit enormen Sanktionsmechanismen, Entschädigungsforderungen und zielt insgesamt auf die Angleichung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse in der EU und der USA²⁰. Das wäre, im Tausch gegen haltlose Wachstumsversprechen, die Installierung der neoliberalen Suprematie auf der Ebene einer ganzen weltkapitalistischen Zone: In der Tat eine ungeheure Regression, ein „Staatsstreich auf Zeitlupe“ (Wallach 2013).

Der Exkurs zur Europafrage zeigt auf, wohin die seit den 80ern intensiviertere neoliberale Konterrevolution führt, wenn nicht „die Bürger, die Medien und auch einige Politiker endlich aufwachen und die klammheimlichen Versuche, die Demokratie zu untergraben, zum Scheitern bringen“ (Wallach 2013) und wenn nicht im Weiteren eine alternative Entwicklungsrichtung und letztlich tragfähige Alternative ins Spiel gebracht wird. Diese Option wird dadurch gestützt, dass die Grundkrise des finalisierenden Systems mit allen damit verbundenen Drangsalen breiter Teile der Bevölkerung und ganzer Völkerschaften anhält. Auch arbeiten zahlreiche, besondere Widersprüche im Praxis- und Prozessgefüge der europäischen Entwicklung unter und über der Oberfläche weiter und lassen vermuten, dass das Ganze so prekär wie einsturzgefährdet bleibt. So kann man mit guten

¹⁹ Der von einer Expertenkommission im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers vorgeschlagene „Bürgerfonds als Sammelstelle zur Finanzierung von Infrastruktur-Projekten“, das heißt von sozialwirtschaftlichen Diensten, die der verschuldete Steuerstaat als marode sozialökonomische Struktur oder „riesiger Investitionsstau“ liegen lassen musste, zeigt das ganze Ausmaß der kapitalökonomischen und politischen Irratio (SZ/Titel am 14. April 2015).

²⁰ Eine Analyse zu der drohenden „großen Unterwerfung“ fand sich bereits im frühen Stadium der Verhandlungen in der „Le Monde diplomatique“ (Wallach 2013). Eine entschiedene neuere Stellungnahme ist „Die Freihandelslüge. Warum TTIP nur den Konzernen nützt – uns allen aber schadet“ (Bode 2015). Attac nannte den vorgesehenen Regulationsrat ein „kapitalistisches Politbüro“.

Gründen vermuten, dass unvorhersehbare Revisionen des Gefüges wie überraschende geschichtliche Öffnungen immer möglich sind.

In eine mögliche andere Richtung orientiert das Modell²¹ eines europäischen multinationalen Verbunds auf die „Sicherung nationalstaatlicher Demokratie und demokratischer Entwicklungsmöglichkeiten durch nationale Souveränität“, verbunden mit dem Ruf an die Wissenschaft, entsprechende fiskalische, ordnungs- und währungspolitische Lösungen zu entwickeln – was „des Schweißes der edelsten Ökonomen wert wäre.“ (Streeck 2013a: 253). Das ist eine sozioökonomische und realdemokratische Richtungsanzeige und natürlich das direkte Gegenteil zu den Ideen von Habermas. Dieser spricht vom „Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung“ und meint, der „offensive Ausbau der Währungsgemeinschaft zu einer supranationalen Demokratie“ könne „bei entsprechenden Mehrheiten die institutionelle Plattform für eine Umkehrung des neoliberalen Trends bieten“ (Habermas 2013). Habermas erweist sich so nicht nur als Protagonist einer „kosmopolitischen“ (Mouffe 2007: 108-115), sondern in diesem Geiste zugleich euphorischen Illusion.

Dem hier entwickelten, praxisonologisch sowie wirtschafts- und sozialgeschichtlich fundierten Grundverständnis von „Gesellschaft“ und deren nationaler Konstitution entspräche eine anders konzertierte Gemeinschaftlichkeit oder Nachbarschaftlichkeit europäischer Staaten, als die mehr schlecht als recht bestehende.²² In Anknüpfung an Polanyis Gedanken „Die Transformation schreitet fort“ (Polanyi 1997: 295 ff.) wäre jetzt zu sagen: Die noch vorherrschende, reaktionäre Transformistik kann und muss durch die Entfaltung vorhandener, positiver Potentialitäten und Latenzen und somit auch auf dem Wege einer „effektive(n) demokratische(n) Praxis“ (Mouffe 2007: 10) konterkariert werden. Die sich in Umrissen abzeichnende Konzeption einer *realdemokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf Basis sozioökonomischer Regulation und Praxis* bietet dazu wesentliche positive Anhaltspunkte.

Gesellschaftliche Emanzipation und kapitalistisches Weltsystem

{533} Am Ende ist dennoch wieder die Grundfrage aufgeworfen: Wie kann es sein, dass eine moderne Wirtschafts- und Übergangsgesellschaft in ihrer je konkreten Situation daran geht, die bestehenden ökonomischen Zwingfesseln zu lockern oder zu lösen und ein gewisses Widerlager gegen das „entbettete“ kapitalistische Weltsystem zu bilden? Wie sollten eine Gesellschaft und ihr Staat, vielleicht in einem nachbarstaatlichen Verbund neuen Typs, einen Anfang damit machen, in eine politisch-ökonomisch und zivilisatorisch höherstehende Formierung und Assoziationsform überzugehen? Eine Schlussfolgerung aus Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ruft die Problematik in Erinnerung, ohne allerdings einen Lösungsweg anzubieten: „Sozialismus in einem Land – oder in einem Betrieb – kann nicht von Dauer sein, solange nicht das ganze kapitalistische Weltsystem abgelöst wird durch ein anderes historisches System, in dem die Kapitalakkumulation nicht mehr absolut vorrangig ist.“ (vgl. Derluguian 2014: 140).

Wenn man annehmen würde, dass sich alle Ökonomie ins kapitalistische Weltsystem auflöst und der Rest von „Gesellschaft“ darin untergepflügt wird, wäre es um die Hoffnung auf ein anderes und besseres Leben nicht gut bestellt. Wie sich ein entsprechendes Finale darstellen lässt, hat das Eismeer-Bild gescheiterter Hoffnung von Caspar David Friedrich signalisiert oder illustriert Jardim Gramacho, eine der größten Müllhalden der Welt bei Rio de Janeiro. Aber die menschgeschichtliche Praxis steht experimentierend in einem „Experimentum Mundi“ (Bloch 1977n) voller Überraschungen, Gefahren, Abstürze und auch Wendungen. Daher war gegen eine situative Sichtfeldverengung und gesellschaftsgeschichtliche Kurzsichtigkeit bereits im Ersten Hauptteil „für ein Fortschrittsdenken unter den Bedingungen der heutigen ungleichzeitigen, multikulturellen, multinationalen Weltwirklichkeit“ vermerkt worden: „Der Fortschrittsbegriff ... braucht statt der Einlinigkeit ein breites, elastisches, völlig dynamisches Multiversum, einen währenden und oft verschlungenen

²¹ Streeck verteidigt sein Konzept auch gegen eine „integrationistisch gesinnte intellektuelle Linke“ und wendet sich speziell gegen Habermas' europolitische Illusionen. Beide fördern ungewollt den „abschüssigen Weg in den demokratiefreien Einheitsmarktstaat“ (vgl. Streeck 2013: 213, 250 ff.).

²² In diesem Sinne argumentiert Peter Wahl gegen eine „Linke Sakralisierung von Euro und EU“: „Nein, die politische Union ist heute kein emanzipatorisches Projekt mehr. Was nach dem Krieg wenigstens für Westeuropa immerhin eine friedensstiftende Dimension enthielt, hat heute sei progressives Potential erschöpft“. Es wäre ein „dritter Weg zwischen Eurofetischismus und nationalstaatlichen Lösungen“ zu suchen und zu finden (Wahl 2015).

Kontrapunkt der historischen Stimmen“ (vgl. Bloch 1977k: 143 ff.). In diesem „dynamischen Multiversum“, einer mit Dialektizität geladenen Praxis- und Prozesswelt gibt es Spielräume, wird es immer wieder Konkretionsmöglichkeiten, die verschiedensten Emanzipationsbewegungen und unausweichlich erscheinende Konfrontationen geben. Letztlich laufen solche Bewegungen aber Gefahr, wiederum „Donquichoterie“ zu bleiben, ein Kampf gegen Windmühlenflügel (MEW 42: 93), wenn keine gesellschaftliche Basis und keine positiven, theoretisch-praktischen Referenzen und Perspektiven aufgewiesen werden können.

Eine entsprechende Basis und Referenz stellt die alternative sozioökonomische Kerngestalt dar, die in der dreigliedrigen, sozialkapitalistischen Formierung mitsamt ihrer Tiefenschichtung als kommunal verfasste, urbane Gesellschaftlichkeit vorkonfiguriert ist. Aufgrund der spezifischen Formbildung und sozialorganischen Verbindung der sozialwirtschaftlichen Dienste ist in dieser realen Dimension gesellschaftlicher Praxis ein entwicklungsfähiger Reproduktionszusammenhang angelegt, der durch lokale und regionale wirtschaftlich bedeutsame Geflechte oder auch durch entsprechende Beziehungen zu benachbarten Wirtschaftsgesellschaften noch verstärkt werden kann. Dabei steht der hohe Grad der realen Vergesellschaftung des koaktiven waren-, staats- und sozialwirtschaftlichen Zusammenhangs, stehen die objektiv-realen Wert- und Reproduktionszusammenhänge der Wirtschaft der Gesellschaft in einem kontradiktorischen Gegensatz zur Effektivität der finalisierenden Kapital- und Finanzökonomie. Deren raffinierte, noch weithin wirtschaftswissenschaftlich und ideologisch als alternativlos getarnte Ungesellschaftlichkeit, rechtliche Inadäquatheit, unhaltbaren Zukunftsversprechen treten in den Problem-, Elends- und Krisenproduktionen der eröffneten Übergangszeit immer deutlicher zutage.

In diesem bewegten Feld widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis besteht die Möglichkeit, wesentlich vermittelt fiskalischer und sozialstaatspolitischer Maßnahmen, eine Geburts- und Entwicklungshilfe für die vorkonfigurierte Alternative zu leisten: Die provokative These von einer „Nähe des Sozialismus“ sollte diese extreme Situation ins Bewusstsein heben, auch wenn es momentan noch nach einer *Nähe hinter Panzerglas* aussieht. Insofern ist dennoch eine sozioökonomische Basis gegeben, die als solche gestärkt, entwickelt und im Sinne zunehmender Selbstbehauptung der Gesellschaft zur Geltung gebracht werden kann. Dazu kommt das entscheidende Moment, dass es sich bei der anvisierten Transformation um einen Aktzusammenhang der Selbstbefreiung der Gesellschaft und die tendenzielle Konstituierung einer nicht mehr von Verwertungs-, Akkumulations-, Export- und Expansionszwängen getriebenen, befreiten und entspannten Gesellschaftlichkeit handelt, die als solche begriffen und erfahren werden könnte.

Das schwer Vorstellbare könnte ein Denkbild veranschaulichen: Sozioökonomisch reorganisierte Wirtschaftsgesellschaften schwimmen im Meer einer global verflochtenen, zunächst noch kapitalwirtschaftlich durchherrschten Ökonomie, aber mit unterschiedlicher Eintauchtiefe oder nur mit einem relativen Anteil an internationaler, waren- und industriegewirtschaftlicher Vernetzung. Die demgegenüber auf die Reproduktionskreise der eigenen, existenziellen und zivilisatorischen Gegebenheiten ausgerichtete, die Schwimm- und Tragfähigkeit und Lebensqualität des Ganzen garantierende, sozialökonomisch kombinierte und konfigurierte Arbeit und Reproduktion stellt den anderen Teil dar. Eine solche Gesellschaft kann daran gehen, ihren Kurs je nach den gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten mehr von sich aus zu bestimmen.

Der Leitgedanke kann auch so formuliert werden: Im nicht abtrennbaren Zusammenhang waren- und industriegewirtschaftlicher, internationaler und weltwirtschaftlicher Verflechtungen und unter den Pressuren des kapitalistischen Weltsystems ist dennoch eine Politik möglich, die dem Grundtenor nach auf die *formationelle Umstimmung* und auf die *Konsolidierung des sozioökonomisch konfigurierten Reproduktionszusammenhangs* zielt. Diese Umpolung ist notwendigerweise und vorteilhaft mit souveräner, außenwirtschaftlicher, insbesondere finanz- und währungspolitischer Selbstbestimmung und Kontrolle verbunden.

In dem Maße, in dem sich politisch-ökonomische Organe einer solchen Selbstregulation konstituieren, in dem auf die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste und insgesamt auf die Festigung der neu konfigurierten Reproduktionsordnung hingearbeitet wird, stellt sich die Weltmarktverflechtung in einer anderen Proportion, in Verbindung mit entsprechenden Regulierungen auf eine Weise dar, die mit einem Streben nach wirtschaftlicher Autarkie überhaupt nichts zu tun hat: Auf Grundlage der veränderten Reproduktionsordnung und einer proportionalen oder organischen Entwicklung im Innern besteht allerdings keine ökonomische Notwendigkeit für die

Betriebe, den Warenimport und den Export oder Auslandsinvestitionen in dem jetzigen, volkswirtschaftlich disproportionalen, international ungleichgewichtigen und langfristig äußerst risikoreichen Maß zu forcieren.

Die Wirtschaftspolitik setzte auf das neue *Entwicklungssystem gesellschaftlicher Arbeit, Produktion und Praxis* auf. Der Primat einer souverän gestalteten, sozioökonomischen Selbstorganisation steht der Nutzung und Förderung jeglicher internationaler Wirtschaftsbeziehungen und auch eines kooperativen Miteinanders in partnerschaftlich erweiterten Wirtschaftsräumen in keiner Weise entgegen, sondern bietet dafür die reellste Grundlage. Durch die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung auf die formationelle Umstimmung und Konsolidierung der Reproduktionsform kann sich eine demokratische Wirtschaftsgesellschaft in gemäßer Weise in das internationale und weltwirtschaftliche Beziehungsgeflecht eingliedern. Dagegen bietet die kapitalwirtschaftlich durchherrschte ökonomische Welt keinerlei geeignete Grundlage und Gewähr für eine paritätische Gegenseitigkeit, Wirtschafts- und Entwicklungspartnerschaft oder auch uneigennützigte Hilfestellung.

Horst Müller: **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert.** Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. BoD-Verlag, Norderstedt 2015. ISBN 978-3-7386-4684-9 (600 S. / 24,80 €)